

Lehren und Forschen in Zeiten des Risikos Begegnungen in der „Bildungsmetropole“ St. Petersburg¹

Die Hochschulpolitik ist in Rußland ein Stiefkind der Regierung. Die Zeiten, da Wissenschaft und Lehre voll vom Staat finanziert wurden, sind vorbei. Wenn überhaupt, werden allenfalls noch Gehälter und Stipendien von Moskau bestritten. Rußlands staatlich anerkannte Hochschulen sind heute so frei wie nie zuvor. Doch ihre Mitarbeiter, vormals eine privilegierte Schicht, kommen wirtschaftlich nur schwer über die Runden. Viele Spezialisten sind abgewandert. Die Hochschullandschaft verändert sich. Staatliche Einrichtungen konkurrieren inzwischen mit privaten Unternehmen um die Schulabgänger, die wieder stärker als zu Beginn der neunziger Jahre an die Hochschulen drängen.

Ich habe im Frühjahr 1998 während eines einwöchigen Aufenthalts in St. Petersburg mit Hochschulangehörigen verschiedener Fachrichtungen und unterschiedlichen Alters gesprochen und habe dabei auch ein wenig vom Geist der alten Kulturmetropole kennengelernt: Bereitwillig gab man mir Auskunft; jeder wollte weitere Gesprächspartner für mich ausfindig machen. Kein Problem, in dieser Stadt einen Wissenschaftler noch um zehn, ja um zwölf Uhr abends anzurufen. Ein junger Dozent bedauerte, in den folgenden Tagen nicht zur Verfügung zu stehen, weil er den Nachtzug nach Moskau nehme, um an einem Kongreß teilzunehmen. Aber ich könne ihn ja gleich, am späten Sonntag Abend, in seiner Wohnung auf der Basiliusinsel aufsuchen, um mit ihm ein Interview zu machen.

Prinzipiell hat sich nichts verändert

Es ist ein prachtvoller Bau aus zaristischer Zeit. Die Technische Universität St. Petersburg – vormals Polytechnisches Institut – wird demnächst hundert Jahre alt. Professor Andrej Timkovskij zeigt stolz den Treppenaufgang, den großen Hörsaal und seinen Seminarraum, in dem es etwa ein Dutzend Computerarbeitsplätze gibt. Er empfiehlt jedoch, wegen der unzureichenden Heizung den Mantel während des Gesprächs nicht auszuziehen. Timkovskij ist Ende fünfzig, Biophysiker, Mitarbeiter im St. Petersburger Institut für Kernphysik. Wie hat sich seine Arbeit seit dem Ende der Sowjetunion verändert?

„Prinzipiell hat sich bei uns wie an anderen akademischen Einrichtungen nichts geändert. Wir wollen nichts anderes als ins Institut gehen und arbeiten, das heißt Forschung betreiben, auch wenn es sehr schwierig ist und die Ausstattung der Labors sehr, sehr schlecht ist. Es gab bei uns einen populären Witz: Als der Präsident Rußlands hörte, daß die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften auch dann zur Arbeit gehen, wenn sie kein Gehalt bekommen, sagte er: Macht nichts, stellen wir Wachen auf und lassen sie Eintritt bezahlen!“

Staatliche Hochschulen contra private Universitäten und Akademien

So wie Rußland der Übergang zur Marktwirtschaft erst teilweise gelungen ist, so stecken auch die russischen Hochschulen noch immer im Umbruch. Bereits unter Gorbačev war ihre Anbindung an Staat und Partei gelockert und eine Selbstverwaltung eingeführt worden. Unter El'cin erhielten sie noch mehr Autonomie; sie wurden zu Wirtschaftsunternehmen, die weitgehend selbst für ihre Finanzierung sorgen müssen. Im Bildungsgesetz der Russischen Föderation von 1992 ist außerdem die Existenz von Bildungseinrichtungen unterschiedlicher Rechts- und Organisationsform verankert. 1996 wurde ein Zusatzartikel „Nichtstaatliche Bildungsorganisationen“ aufgenommen – ein wichtiger Schritt zu ihrer rechtlichen Gleichstellung.

Private Universitäten und Akademien schossen in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden. Über 300 sind inzwischen registriert. Damit ist ihre Zahl auf etwa die Hälfte der staatlichen Bildungseinrichtungen angewachsen; die Zahl der dort Studierenden macht ein Fünftel der Kapazität an staatlichen Hochschulen aus. In einigen Studiengängen (Recht, Wirtschaft, Sozialwissenschaften) ist ihr Anteil noch höher. Gibt es eine Konkurrenz zwischen den staatlichen und den privaten Instituten? Professor Asaldan Boronoev, Dekan der Soziologischen Fakultät der Staatlichen Universität St. Petersburg:

„In St. Petersburg haben wir 43 staatliche Hochschulen und 20 nichtstaatliche Institute, Universitäten usw. Gibt es Konkurrenz? Nun ja. Sie nehmen uns Abiturienten, Studenten weg. Dort studieren die Kinder der 'neuen Russen', die Geld haben. Aber es gibt keine Lehrstühle, keine Wissenschaftler, keine Tradition. Und sehr oft wollen Studenten, die dort studieren, zu uns kommen. Sie sagen, der Unterricht sei schlecht. Private Hochschulen sind notwendig, aber doch nicht gleich zwanzig. Mit der Zeit werden einige aus Mangel an Studenten ganz sicher wieder schließen.“

Die staatlichen Hochschulen haben sich verschiedene Einnahmequellen erschlossen, sie vermieten zum Beispiel einen Teil ihrer Räume. Doch nicht jede ist so wohlhabend wie die Moskauer Lomonosov-Universität, die dank profitabler Immobilien 30 Prozent ihres Budgets selbst erwirtschaften kann. Die Soziologische Fakultät der Universität St. Petersburg ist im Smol'nyj-Kloster untergebracht, das Elisabeth I., Tochter Peters des Großen, einst zu ihrem Alterssitz bestimmt hatte. Sie hat ein Stockwerk an den Verlag eines Joint-Venture-Unternehmens vermietet. Weitere Einnahmen erzielt auch sie durch zahlende Studierende aus Rußland und aller Herren Länder.

„Bei uns gibt es einen kostenpflichtigen Studiengang, wir nennen das ‘Studium auf vertraglicher Basis’. Wir haben das Recht, eine bestimmte Zahl von Studenten gegen Bezahlung aufzunehmen, und zwar bis zu 20 Prozent. Diese Studenten lernen sehr gut. Unterschiedlich gehandhabt wird nur die Aufnahmeprüfung. Die besteht bei uns aus drei Teilen. Die Bewerber schreiben einen Aufsatz in russischer Sprache, sie legen eine Prüfung ab in russischer Geschichte und in einer Fremdsprache ihrer Wahl, von Deutsch bis zu Chinesisch und Hindi. Die Vertragsstudenten legen nur eine mündliche Prüfung ab.“

Ein Hochschulabschluß bedeutet wieder etwas

Nichtstaatliche Universitäten sehen ihre Chance vor allem in den Geisteswissenschaften, in Fremdsprachen, in Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Die Konkurrenz der Privaten veranlaßte auch die staatlichen Hochschulen zu einer inneren Umstrukturierung und zu einer Ausweitung des Lehrangebots. So gibt es beispielsweise auch an der Universität St. Petersburg jetzt eine Schule für Management. Auch die Soziologie zählt zu den neuen Fachgebieten. Die Fakultät entstand 1989, hat heute neun Lehrstühle (mit zum Teil sehr jungen, zum Teil unqualifizierten Professoren), 80 Dozenten und rund 900 Studenten. Dazu Prof. Boronoev:

„Die Soziologie gehört zu den populären Fächern im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften. 1996 bewarben sich auf einen Platz vier Personen, 1997 drei, also etwas weniger, das schwankt immer ein wenig. In diesem Jahr sind es mehr als dreieinhalb. Gemessen an der Zahl der Bewerber nehmen wir an der Universität den dritten Rang ein. An erster Stelle steht die Juristische Fakultät. Zu sowjetischer Zeit haben nur wenige Universitäten Juristen ausgebildet, es besteht daher ein Mangel. An zweiter Stelle steht die Psychologische Fakultät, dann kommen wir, und nach uns die Ökonomen, die Historiker und die Philosophen.“

Die Berufsaussichten für Soziologen seien gut, sagt Boronoev. Die Absolventen arbeiteten als Lehrer an Gymnasien, an Hoch- und Fachschulen. Anstelle des früheren Pflichtfachs „Wissenschaftlicher Kommunismus“ gibt es jetzt die Fächer Soziologie, Politologie und Kulturwissenschaft. Soziologen fänden außerdem Arbeit in der Verwaltung, im sozialen Bereich und in der Wirtschaft. Einer seiner Absolventen sei inzwischen Direktor der Baltischen Bank, sagt der Dekan der Soziologischen Fakultät. Ein Hochschulabschluß bedeute wieder etwas. Häufig studiere man das Fach seiner Wahl, auch wenn man nicht wisse, ob man auf dem Gebiet später arbeite.

Dieser Trend gilt für Rußland insgesamt. Die Zahl der Studenten ist von zweieinhalb Millionen im Jahr 1994 auf mehr als drei Millionen im vergangenen Jahr gestiegen. Auch für die drei Jahre dauernde Aspirantur, das Promotionsstudium, gibt es wieder mehr Bewerber als Plätze.

Die technischen Hochschulen profitieren ebenfalls von dem neuen Drang zu höherer Bildung. Andrej Timkovskij von der Technischen Universität St. Petersburg:

„Vor vier, fünf Jahren erlebten die naturwissenschaftlichen Institute einen Einbruch. Aufnahmeprüfungen fanden nicht mehr statt, weil weniger Studenten kamen, als Plätze zur Verfügung standen. Doch seit zwei, drei Jahren gibt es wieder einen Wettbewerb um Studienplätze. Wir hatten diesmal an der Fakultät für Physik und Mechanik ungefähr zwei Bewerber auf einen Platz. Mein Eindruck von den Erstsemestern: lebhafte junge Leute, die viele Fragen stellen und sich auch für die angrenzenden Fächer wie Chemie und Biologie interessieren.“

Die neue Dynamik des Lebens traf viele wissenschaftliche Mitarbeiter wie ein Schock

In der Sowjetunion hatte man den wissenschaftlichen Schwerpunkt im Bereich der Naturwissenschaften und Ingenieurfächer gesetzt. Ungeheure Summen wurden in den Aufbau von Instituten und Forschungseinrichtungen investiert. Zahllose Wissenschaftler arbeiteten direkt oder indirekt für den militärisch-industriellen Komplex. Als das kommunistische System zusammenbrach, war ein Neuanfang im Bereich Technik und Naturwissenschaften besonders schwierig. Denn plötzlich mußte man selbst Anträge für Forschungsprojekte stellen und sich selbst darum kümmern, daß sie finanziert würden. Vorher waren der Staat und die Rüstungsindustrie für alles aufkommen. Die „neue Dynamik des Lebens empfanden wir zunächst mehr als Schock denn als Chance“, sagt der Atomphysiker Timkovskij:

„Früher waren wir ein beschauliches akademisches Leben gewohnt, wo man ohne Eile forschen und vor der Veröffentlichung noch eine Denkpause einlegen konnte. Ein Aufsatz konnte zwei Jahre auf dem Schreibtisch liegen bleiben. Jetzt wissen wir, daß es in der Wissenschaft der Welt sehr dynamisch zugeht und daß man einfach nicht zurückbleiben darf. Und einer der Hauptvorteile des neuen Lebens besteht darin, daß es sehr viel mehr internationale Kontakte gibt. Wenn man früher an einem Kongreß teilnehmen oder am Institut eines befreundeten Landes arbeiten wollte, forschten Kommissionen danach, was Sie wann wo gesagt haben und lehnten in der Regel ab. Heute schicken Sie Thesen an eine Wissenschaftliche Konferenz. Und wenn die akzeptiert werden, fahren Sie in aller Ruhe hin. Kein Problem mit dem Paß. Das Problem ist nur das Geld.“

Eine grundlegende Reform fand bisher nicht statt

Grundlegend wurde der russische Wissenschaftsbetrieb bisher nicht reformiert, auch wenn inzwischen rund ein Fünftel der Forschungsmittel über Ausschreibungen vergeben wird und durch Erlaß des Präsidenten der Russische Fonds für Grundlagenforschung gegründet wurde.

In der Sowjetunion waren Forschung und Lehre weitgehend getrennt. An den Universitäten wurde unterrichtet. Allenfalls bei den Naturwissenschaften gab es angeschlossene Laboratorien. Ansonsten waren für die Forschung die Akademien zuständig. Im heutigen Rußland bemüht man sich, diesen Bruch zu beseitigen und die Wissenschaft wieder stärker in die Hochschulen zu integrieren. Alexander Duka, stellvertretender Direktor des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg:

„Wir haben zum Beispiel im letzten Jahre Gelder bekommen zur Entwicklung der Beziehungen zwischen unserem Institut, der Soziologischen Fakultät der Universität und der Abteilung Politologie an der Philosophischen Fakultät. Denn die Politologen gehören derzeit zur Philosophischen Fakultät. Dann waren wir in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität an einem weiteren Programm beteiligt, das darauf abzielt, die Lehre zu verbessern und Dozenten in Forschungsprojekte einzubeziehen.“

Viele Wissenschaftler sind heute von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht

Der 40jährige Alexander Duka hat wie viele Gesellschaftswissenschaftler seiner Generation Philosophie, sprich Philosophie des Marxismus studiert, dann angehende Bergbauingenieure im Fach Wissenschaftlicher Kommunismus unterrichtet. Nach der politischen Wende befaßte er sich an der Akademie der Wissenschaften mit den neuen gesellschaftlichen Bewegungen in Rußland und dem Problem des Nationalismus.

„Der Staat zahlt uns das Gehalt, das ist alles. Kontrolle oder Druck, Einflußnahme irgendwelcher Art, gibt es nicht. Ja, man gibt uns noch teilweise Geld für die Miete dieses Gebäudes. Alles andere, Geld für Telefon, Elektrizität, sogar zum Kauf von Computern, müssen wir uns aus anderen Quellen besorgen.“

Im Durchschnitt verdienen Wissenschaftler am Institut dreihundert Rubel, keine hundert Mark, und dies bei immens gestiegenen Lebenshaltungskosten. Essen und Kleidung sind in Petersburg so teuer wie in Westeuropa, nur die Mieten sind in der Regel niedrig. Fördermittel aus staatlichen russischen und aus internationalen Fonds sind nicht nur unentbehrlich für die Forschungsarbeit und für die Publikation der Ergebnisse, sie tragen auch bei zum alltäglichen Überleben. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Freien Universität Berlin hat der Soziologe Duka mit einer Arbeitsgruppe ein auf fünf Jahre veranschlagtes Projekt begonnen: „Transformation örtlicher Eliten beim Übergang in die neue Gesellschaft“.

Zur Elite zählen sich Hochschullehrer und Wissenschaftler in Rußland heute nicht mehr. Sie dürfen zwar frei arbeiten, müssen sich aber ständig um ihre Existenz sorgen. Vormalig eine privilegierte Schicht, sind sie heute von Armut und zunehmend auch von Arbeitslosigkeit bedroht. Noch in diesem Jahr soll die Zahl der Hochschulen in Rußland (derzeit 600 staatlich anerkannte) drastisch

reduziert werden. Das hat vor kurzem ein Vertreter der Moskauer Administration vor St. Petersburger Hochschulrektoren erklärt und beruhigend hinzugefügt, die beiden Hauptstädte seien einstweilen nicht betroffen.

Auch Alexander Duka spricht davon, daß am Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg in den nächsten Monaten 15 Prozent der Beschäftigten entlassen werden sollen. Man müßte viel mehr freisetzen, versichert ein anderer Mitarbeiter. Diese Institute seien zu groß, unflexibel, ihre wissenschaftlichen Programme hätten einen fiktiven, weitgehend formalen Charakter:

„Von den 80 Mitarbeitern des Instituts für Soziologie ist ein Drittel Ballast. Diese Leute leisten absolut nichts als Wissenschaftler, unter Bedingungen des freien Marktkampfes um Ressourcen wären sie weg. Ein Drittel zählt zwar zum Institut, aber die befassen sich mit Marketing-Projekten oder arbeiten als Berater; ihre Arbeit hat keinen Bezug zum Institut für Soziologie. Schließlich das letzte Drittel. Das sind Leute, die wirklich arbeiten, Forschungsvorhaben vorantreiben, die sich bemühen, zusätzliche staatliche und nicht staatliche Fördermittel beizubringen. Meiner Ansicht nach wäre es sinnvoll, dieses letzte Drittel im Institut zu behalten und alle anderen zu entlassen.“

Entsteht an den privaten Universitäten eine neue Elite?

Vladimir Gel'man zählt sich selbst zu denen, die nur noch pro forma zum Institut gehören. Hauptamtlich ist er Mitarbeiter der Europäischen Universität, einer privaten Hochschule für *postgraduate studies*, die von einem Konsortium amerikanischer Stiftungen finanziert wird. Gel'man ist 32, hat am Polytechnischen Institut (der heutigen Technischen Universität) studiert, einige Zeit auch in England, und eine Doktorarbeit über politischen Wandel in Rußland verfaßt. In der Zeit der Wende hat er sich politisch engagiert. Er steht der Reformpartei „Jabloko“ nahe, die in St. Petersburg eine starke Bastion hat. Er empfindet sich als Vertreter einer neuen Generation weltöffener Wissenschaftler:

„Die Leute, mit denen ich zusammenarbeite, das sind die 30 bis 35jährigen, die Anfang der neunziger Jahre in den Westen gefahren sind, um dort zu studieren und die nach längerem Aufenthalt nach Rußland zurückgekehrt sind. Sie führen mit Rückfahrchein. Sie haben Erfahrungen in Cambridge oder Berkeley gesammelt, und sie versuchen, diese Erfahrungen bei uns jetzt auszuwerten. Mir scheint, das ist interessant und sinnvoll.“

Die Studenten der Europäischen Universität würden ganz selbstverständlich in die internationale Wissenschaftsgemeinschaft hineinwachsen, meint der junge Dozent Gel'man. Es ist die erste Generation, die nicht mehr das Fach Marxismus-Leninismus im Grundstudium absolviert hat. Noch ist die Europäische Universität staatlich nicht anerkannt. Die Magisterdiplome stellt die Universität

Helsinki aus. Die Dissertationen werden vor renommierten Moskauer Instituten verteidigt, mit denen man entsprechende Verträge abgeschlossen hat.

Das Studium kostet tausend Dollar pro Semester. Andererseits werden Stipendien vergeben in Höhe von monatlich 200 Dollar, und ein Dozent verdient bereits tausend Dollar. Für die Lehrkraft einer staatlichen Hochschule eine astronomische Summe.

Gel'man ist überzeugt, daß an solchen Institutionen wie der Europäischen Universität eine neue Wissenschafts- und Bildungselite heranwächst, zumindest in den Sozialwissenschaften, in Geschichte, Politologie, Ethnologie. Sein Credo:

„Wir wollen unser Haus nach westlichen Plänen, aber mit eigenem Baumaterial erstellen.“

Die Mitarbeiter staatlicher Wissenschaftseinrichtungen blicken mit Argwohn auf diese Neugründungen, die ja auch vom russischen Staat mitfinanziert werden. Entsteht da nicht eine neue Klasse von Wissenschaftlern, die schon in jungen Jahren einen solchen Lebensstandard erreicht, daß sie später an staatlichen Unis nicht mehr arbeiten will, geschweige denn in der Provinz? Auch in der Wissenschaft herrschen Verhältnisse wie im Frühkapitalismus. Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher. Auf der einen Seite die Wissenschaftler, die über internationale Kontakte verfügen, die zu Konferenzen eingeladen werden, in ausländischen Fachzeitschriften publizieren, die mit Erfolg Anträge bei Förderinstitutionen stellen. Auf der anderen die Älteren, die Chancenlosen.

Internationale Zusammenarbeit als Überlebensstrategie

Vielfältige internationale Kontakte, Austausch und Forschungskooperation sind notwendig zum Überleben. Asaldan Boronoev, der sechzigjährige Dekan der Soziologischen Fakultät der Universität, versteht sich hauptamtlich als Organisator des Hochschulbetriebs unter marktwirtschaftlichen Bedingungen:

„Bei Anschaffungen für die Bibliothek, für die Computertechnik und bei der Mitarbeiterschulung haben uns zwei Programme sehr geholfen. Zum einen das Tempus-Tacis-Programm der Europäischen Union. Wir haben drei Partneruniversitäten: Bielefeld, Straßburg und Lissabon. Und dieses Programm ist eine kolossale Hilfe für uns, es hat uns gleichsam Europas Türen geöffnet. Wir waren früher ja ein abgeschottetes Land. Wir kannten nicht verschiedene Theorien und Paradigmen, nur Marx und Marxismus, nicht wahr? Jetzt hat sich das geändert. Alle meine Mitarbeiter können Fremdsprachen, das gehört zum Programm. Die Studenten lernen drei Sprachen, und auch die Lehrer vervollkommen ihre Sprachkenntnisse. Dabei hilft uns ein zweites Programm. Der Deutsche Akademische Austauschdienst steuert bis heute 250.000 Mark im Jahr bei. Zur Zeit sind fünf Studenten und vier Dozenten zu Sprach- und Studienaufenthalten in Deutschland. Aus Bielefeld sind zur Zeit fünf Studenten und ein Gastprofessor hier.“

Westliche Programme sollen und wollen Zusammenarbeit und Mobilität fördern. Trotzdem wird sich der *brain drain*, die Abwanderung von den Hochschulen in andere lukrativere Bereiche und ins Ausland noch lange negativ auf die russische Wissenschaftslandschaft auswirken, vor allem bei den Naturwissenschaften. Andrej Timkovskij:

„Der aktivste Teil der Wissenschaftler im Alter zwischen 30 und 40 ist an die besten Institute im Ausland gegangen. Dort schätzt man unsere Spezialisten. Denn die sind bemüht, mit Hilfe von Stipendien schnell und effektiv zu arbeiten. In der Wissenschaft gibt es keinen Chauvinismus. Und wenn wir normale wirtschaftliche Verhältnisse hätten, wäre nichts dagegen einzuwenden. Sogar in Polen sind in den sechziger und siebziger Jahren talentierte junge Wissenschaftler für zwei, drei, vier Jahre nach Frankreich, England, Kanada, USA gegangen, dann sind sie zurückgekehrt nach Polen. Wir könnten es auch so halten.“

Der Patriarch der russischen Kultur plädiert für einen Marshall-Plan zugunsten Rußlands

Rußlands Hochschulen sind heute so frei wie nie zuvor. Aber Dozenten, Professoren, Wissenschaftler können ganz selten von ihrer eigentlichen Arbeit leben. Die Tür nach Europa und zur Welt steht ihnen heute weit offen. Die Umstrukturierung der Universitäten ist zwar ein inner-russisches Problem, aber ohne Hilfe aus dem Westen wird ein Aufschwung von Wissenschaft und Kultur in Rußland nur schwer gelingen.

Diese Ansicht vertritt mit Nachdruck der 91jährige „Patriarch der russischen Kultur“ Dmitrij Lichačev, Abteilungsleiter für altrussische Literatur am St. Petersburger Puškin-Haus. Er plädiert für einen Marshall-Plan zugunsten Rußlands. Die Welt habe verbrecherisch gleichgültig zugesehen, wie in Rußland im 20. Jahrhundert Intelligenz vernichtet und Kultur zerstört wurde. Im eigenen Interesse müsse Europa heute darauf bedacht sein, daß Rußland nicht in die Hand von Extremisten falle. Lichačev, die graue Eminenz von St. Petersburg, Ratgeber von Gorbachev wie von El'cin, ist im übrigen zuversichtlich, daß in Rußland eine neue Elite heranwächst:

„Ja, es gibt sie, aber sie ist noch dabei, sich zu entfalten. Es gibt eine sehr gute Jugend an der Universität und an den Schulen. Nicht an allen Schulen. Da wo es gute Lehrer gibt, gibt es auch gute Schüler, sofort, und es gibt eine ganze Reihe solcher Schulen in Petersburg, in denen unsere Zukunft heranwächst.“

Anneliese Holzschuh hat an der FU Berlin Osteuropäische Geschichte studiert. Sie arbeitet als Journalistin u.a. in freier Mitarbeit für Deutschland Radio Berlin.

¹ Der folgende Text ist die überarbeitete Fassung eines Radiobeitrages, den der Deutschlandfunk am 14.4.98 in der Reihe „Hintergrund Politik“ ausgestrahlt hat.